

Volksrecht

für Schlesien

Organ für die werftätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 4 mal mit 14 durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4-6, durch die Zweigstelle Marktstraße 26, bei Tünge, die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. Nr. 7 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Abbestellen 1.20 M., monatlich 3.10 M., vierteljährlich 11.50 M. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 11.50 M. (ohne Postgebühren), bei 100 Bogen durch die Post monatlich 6.10 M., vierteljährlich 18.30 M.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 0.70 M., auswärts 0.85 M., Anzeigen unter 10 Zeilen 2.30 M., auswärts 2.50 M., Stellenanzeigen, Familienanzeigen 0.30 M., Geschäftsstellen, Verträge, Verdingungen und Wohnungs-Anzeigen 0.30 M. Die vorgenannten Preisen tritt ein Zuerstzuschlag von 20% zu. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (12 Uhr vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4-6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Vor der Entscheidung.

Unsere Aufgabe.

Die schlimme Ausrufe der Simons'schen Gegenanschläge ist kein Blöf. Nicht nur die imperialistischen Staatsmänner, Frankreichs und Englands, sondern auch die gemäßigten Auslandspresse, die das Pariser Diktat kritisch aufgenommen hatte, scheint über die Gegenanschläge der deutschen Regierung völlig ablehnend zu urteilen. Sie vergleicht die 226 Milliarden, die in Paris beschlossen worden waren, mit der Summe von 30 Milliarden Goldmark, die Dr. Simons jetzt geboten hat. Sie vergleicht außerdem die deutschen Leistungen in den beiden letzten Jahren mit dem, was jetzt für die nächsten Jahre vorgeschlagen wird: statt durchschnittlich etwa zehn Milliarden Goldmark, durchschnittlich eine. So ist die Ablehnung auch in Kreisen verständlich, die besseren Willens sind und ein Interesse an der Verständigung mit uns haben, so z. B. denen, die hinter der englischen linksliberalen Presse stehen.

Man begreift im Ausland noch nicht, daß die Grundlage des Pariser Diktats phantastisch war und ihre seitens industuriel bleiben mußte, wenn überhaupt ehrlich verhandelt werden soll. Man begreift auch nicht, daß Leistungen, die mit denen der beiden letzten Jahre irgendwie vergleichbar wären, schließlich nicht mehr in Frage kommen, weil wir bereits an den letzten Kapitalreserven zehren: Arbeitsmitteln und Volksgesundheit. Die Stimme der Gewerkschaftsinternationale ist nicht genügend beachtet worden.

Das Förichteste, was man in Deutschland heute tun könnte, wäre ein Entwürfsrappel über die Haltung des Auslandes. Dieser würde sich nicht nur gegen Lloyd George und Briand wenden, sondern auch Kreise treffen, die prinzipiell an einer Verständigung Interesse haben und nur noch nicht durch den Nebel der Pariser Phantasien ganz hindurch fanden.

Gerade wir Sozialisten in Deutschland haben am wenigsten Anlaß und Möglichkeit, den alliierten Regierungen weiter entgegenzukommen, als unsere Bürgerregierung. Haben ja doch die Brüsseler Einzelvorschläge der Ententeschmänner gezeigt, daß aus ihrem Klasseninteresse heraus die Ententesregierungen wünschen, daß die Entschädigungssummen nicht etwa aus weiter erhöhten Besteuern usw. herausgepreßt werden, sondern aus dem Verbrauche der breiten Masse. Gerade aber wir wissen am besten, daß dieser nicht weiter zu belasten ist. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in London darüber das notwendige Material ohne Schönfärberei vorgelegt.

Was bleibt uns zu tun? Für den Augenblick: aushalten und alles erdulden, bis drüben die Einsicht einkehrt, daß auf dem Wege der „Sanktionen“ — nicht wegen unseres bösen Willens, sondern wegen der Verkehrtheit jeder Gewaltmethode in wirtschaftlichen Fragen — nichts zu erreichen ist. Erst dann werden drüben diejenigen Männer am Ruder stehen, mit denen wir deutschen Sozialisten uns verständigen können. Erst dann schlägt unsere Stunde, um die Führung in der Verständigungsarbeit zu übernehmen. Heute müssen wir uns zurückhalten, und uns der Berührung, die jetzt auf beiden Seiten beginnen wird, scharf entgegenstemmen, damit dieser Zukunftsweg nicht verbaut wird.

Was plant die Entente?

In später Mittwoch-Abendstunde schreibt uns unser parlamentarischer Mitarbeiter aus Berlin: Es ist vollkommen zweifellos, daß die Entente sich vollkommenermaßen auf die heutige Donnerstag volle Klarheit schaffen wird. Alle Meldungen, soweit sie nicht unmittelbar amtlichen Charakter tragen, beruhen auf Vermutungen. Bis in die Abendstunden des Mittwoch waren in Berlin keine wesentlichen neuen Nachrichten aus London eingetroffen. Um 8 Uhr abends fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt. Selbstverständlich wird die außenpolitische Lage im Reichstage lebhaft erörtert. Man darf sagen, daß die pessimistische Auffassung weit überwiegt. Nur wenige Abgeordnete hegen die Hoffnung, daß die Verhandlungen in London sich weiter entwickeln werden. Dienstag wird die Besichtigung geäußert, daß schon der heutige Donnerstag die heftigsten Zusammenstöße zwischen der deutschen Gegenanschläge und das Scheitern der Verhandlungen bringen werde. Für diesen Fall verheißt sich niemand, daß die Entente ihre Maßnahmen zurückziehen werden. Aber die Entente-Maßnahmen aber weiß zur Stunde in Deutschland niemand etwas Sicheres. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Entente keine große militärische Maßnahmen in Deutschland betreiben wird. Sehr wahrscheinlich ist,

die Befehung des Maingaues und Mannheims, ferner die wirtschaftliche Abschnürung der Rheinlande durch die Zollgrenze. Die Befehung des Ruhrgebietes wird von Abgeordneten mit guter Kenntnis der Stimmung in den Ententesstaaten für sehr unwahrscheinlich gehalten. Niemand zweifelt, daß Deutschland nun vor den ernstesten Entscheidungen steht, die kein Ausweichen mehr zulassen. Befürchtungen, daß es in den deutschen Gebieten, die zunächst und unmittelbar betroffen sein werden zu Unbesonnenheiten kommen wird, werden kaum gehegt.

Eine neue Neuternote, die die Ablehnung der deutschen Vorschläge begründet und die deutsche halbamtliche Antwort darauf veröffentlicht wir auf der 3. Seite des Hauptblattes.

Die Drohung.

London, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ glaubt in der Lage zu sein, über das von den Alliierten-Regierungen unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

1. die deutschen Vorschläge werden für unannehmbar erklärt,
2. das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Besprechungen bleiben, wobei wohlgeachtet die beiden beteiligten Parteien sich über die Durchführungsmodalitäten verständigen können,
3. die deutsche Abordnung wird vor eine höchste Frist von vier Tagen gestellt, um ihre Annahme des Abkommens vom 23. Januar kundzugeben,
4. falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenfelder besetzen; wenn Deutschland weiterhin bei seiner Unwilligkeit beharrt, würde es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen getroffen werden, wie z. B.:
I. Erhebung der Hälfte des Erlöses aus den Verkaufes Deutschlands im alliierten Ausland;
II. Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, welche das linke Rheintal von jenem übrigen Deutschland abtrennt, und zwar unter Aufsicht der Reparationskommission.

In Erwartung der Dinge.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Berlin, 3. März. Die strenge Geheimhaltung der gestrigen Alliierten-Konferenz in London bringt es natürlich mit sich, daß die mannigfachen Mutmaßungen über die Pläne der Entente durch die Presse der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. So spricht man von einer Fristverlängerung für die Entscheidung der Deutschen, von einer ultimativen Drohung, die die Deutschen zur Annahme der Pariser Forderungen veranlassen soll, weiterhin vom Abbruch der Verhandlungen, der den Deutschen in der heute mittag stattfindenden Konferenz mitgeteilt werden soll. Jedenfalls ist die Lage im Augenblick sehr unklar.

In Berliner politisch unterrichteten Kreisen nimmt man als wahrscheinlich an, daß am heutigen Donnerstag Abend die Entscheidung der Entente in Berlin vorliegen wird. Wichtig ist, daß am Mittwoch verschiedene Pressedungen stattgefunden haben, die aber alle nur vorbereitenden Charakter hatten. Entscheidungen aus von den Parteien können erst getroffen werden, wenn nicht bloß Vermutungen und Kombinationen, sondern tatsächliche Ergebnisse vorliegen. Die sozialdemokratische Reaktion des Reichstages ist zu einer Sitzung für Donnerstag Abend einberufen.

Donnerstag um 12 Uhr.

London, 2. März. Ueber die heutige Nachmittagsitzung der Alliierten wird folgender amtliche Bericht herausgegeben: Die Alliierten haben beschlossen, die Deutschen für morgen mittag 12 Uhr in den St. Jamespalast einzuladen. In der Sitzung wird der deutschen Delegation die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenanschläge mitgeteilt werden.

Proteststreik in Italien.

In Florenz, das in den letzten Monaten öfters der Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen gewesen ist, haben auch in diesen Tagen blutige Zusammenstöße zwischen den Sozialisten und Truppen stattgefunden. Soweit bisher Mitteilungen vorliegen, sind 10 Tote und 400 Verwundete zu verzeichnen. Die nationalitalienischen Rundgebühren haben die Gewerkschaften veranlaßt, den Generalstreik mit Einschluß der Eisenbahnen für die Gebiete von Florenz, Pisa, Livorno und Genua zu erklären. Auch für Bologna ist der Generalstreik i. Ausicht genommen, der, falls die Nationalitalien ihre Szenen fortsetzen, über ganz Italien ausgerufen werden soll.

Mitla gestorben.

Der König von Montenegro ist gestorben. — Mitla hat in seiner langen Regierungszeit die alte Stammesverfassung mit Hilfe und Gewalt überwunden. Seiner an Morden überreichen Herrschaft haben die Greisenaltäre ein Ende gemacht, da sie das selbständige Montenegro von der Landkarte strichen und es zu Südslawen schlugen.

Wie kann die deutsche Handelsbilanz aktiv gemacht werden?

Die ausführliche Denkschrift des deutschen Sachverständigen-Kollegiums, dem unter anderem von Arbeitervertretern Dr. Baßdorf, H. Ertelenz, Hermann Silberstein, Rudolf Wiffel angehören, aus Frankfurt a. M. Arnhold, Rud. Haverstein, Dr. Kellner, von Staus, Uebig, für die Industrie und Handels-Unternehmer Dr. Cuno, Dr. Duisberg, Dr. Frenzel, Reimann, Dr. Kempner, Kühner, Stinnes, Bögl, Dr. Kiehl, für die landwirtschaftlichen Unternehmerreihe von Braun, Dr. Heim, von volkswirtschaftlichen Gelehrten Professor Dr. Bonn angehören, enthält u. a. folgende Berechnungen und Überlegungen:

a) Beschränkung der Einfuhr. Deutschland kann seine Handelsbilanz verbessern durch Beschränkung seiner Einfuhr. Insbesondere kann und soll der Verbrauch fremder Luxusgüter beschränkt werden. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß dadurch für das Reich große Einnahmequellen unergiebig werden, und zwar solche, auf deren Ausbau gerade die Sachverständigen der Alliierten mehrfach hingewiesen haben. Einnahmehindernd noch ist die Verletzung der Interessen alliiertier und neutraler Länder.

Geht Deutschland noch einen Schritt weiter und schließt Feilschwaren, soweit der Pariser Vertrag dies überhaupt zuläßt, von der Einfuhr aus, so wird der heute schon fühlbare Widerstand der ausfuhrwilligen Länder unüberwindlich. Am schlimmsten aber ist, daß die ohnehin schwer geschädigte Gesamtanfuhr der Welt noch tiefer sinken würde.

b) Ersparnisse an selbsthergestellten Gütern. Ersparnisse an Nahrungsmitteln ist unmöglich. Soll eine normale Ernährung der Bevölkerung wie vor dem Kriege wiederhergestellt werden, so müssen ausländische Nahrungsmittel, Futter- und Düngemittel im Werte von 11 Milliarden Mark Gold eingeführt werden. Ein Anfuhrüberschuß an Gütern wäre dann freilich überhaupt nicht mehr zu erzielen.

c) Ersparnisse an Industrieprodukten im inländischen Verbrauch ist ebenfalls wenig möglich, da alle Produktionsanlagen heruntergewirtschaftet sind und dringend der Erneuerung und Verbesserung bedürfen und andererseits der Verbrauch der Bevölkerung an den notwendigsten Gütern für Bekleidung und Ausstattung auf ein Mindestmaß gesunken ist. Hier läßt sich vielmehr behaupten, daß unermesslich eine gründliche Erneuerung von Gerätschaften und Bekleidungsmitteln schon aus gesundheitlichen Gründen unabwendbare Notwendigkeit ist. Nachstehende Zahlen verdeutlichen den Konsumrückgang des deutschen Volkes in den notwendigen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern je Kopf der Bevölkerung im Kilogramm:

	1913	etwa	1920
Fleisch	52	etwa	20
Mehl	125		83
Verbrauchszucker	192		14,1
Baumwolle	72		2,8
Wolle	2,2		1,0
Steinkohle	2370		1770
Eisen	253		100

d) Steigerung der Produktion. Die Handelsbilanz kann also nur in bescheidenem Umfange durch Einsparungen und Einfuhrbeschränkungen, stärker nur durch Steigerung der Produktion und der Ausfuhr verbessert werden.

Sodann wird auseinandergesetzt, daß die deutsche Ausfuhr von 25 Milliarden auf etwa 30 Milliarden steigen müßte, um den nötigen Ueberschuß zu ergeben. Käme noch eine 12prozentige Ausfuhrabgabe hinzu, dann müßte diese Ausfuhr gar 48 Milliarden jährlich erreichen, gleich doppelt so viel wie die gesamte Ausfuhr Englands im Jahre 1920.

Die logische Folge einer derart übertriebenen Steigerung der deutschen Produktion zum Zwecke der Ausfuhr müßte ein Emporsteigen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt sein.

Die Erfüllung der Pariser Forderungen setzt eine Vermehrung der menschlichen Arbeitsleistung voraus, die nur in Jahrzehnten verwirklicht werden könnte. Vermehrte Arbeiterzahlen verlangen wiederum erhöhten Konsum. Zunächst aber ist eine bedeutende Verminderung nach Leistung und Zahl eingetreten. Die Leistung des einzelnen unterernährten Arbeiters ist gesunken. Es bleibt somit nur als letzter Mittel, Verkürzung der Arbeitszeit. Durch internationale Vereinbarung der Arbeitszeit auf acht Stunden beschränkt. Um die von Deutschland geforderte Leistung zu erfüllen, müßte die Arbeitszeit des deutschen Arbeiters von acht auf vierzehn Stunden erhöht werden.

Das bedeutet eine Leistung, die selbst in der Frühzeit der Industrialisierung Europas, die rücksichtslos mit Menschenkräften umging, als unerträglich und unüberwindlich angesehen worden wäre. Es besteht keine Möglichkeit für ein Land, einen Anspruch von solcher Unmenschlichkeit an den größten Teil seiner eigenen Bevölkerung zu stellen, und es kann niemals die Meinung der Alliierten gewesen sein, unter Verletzung nicht nur des Volkes, sondern auch des Wortlautes des 16. Teiles des Versailler Vertrages (s. Arbeitsfrage), Deutschland zur Stellung eines solchen Anspruches zu zwingen.

Qualitätsarbeit, wie sie der Produktionsapparat Deutschlands und seine Bevölkerung zu gesteigerter Erzeugung erfordert, kann nur von getriebenen, arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen, nicht von unterernährten, geschwächten und hoffnungslos demoralisierten Arbeitern geleistet werden. Der Eintritt eines solchen Arbeitsverhältnisses in

Die Rechnung der Entente.

Die Begründung der deutschen Gegenvorschläge.

Neuters Büro verbreitet offiziell eine Note, in der es den Vorwurf enthält, dass die deutsche Regierung die Pariser Konferenz nicht als Verhandlung über die Reparationen, sondern als Verhandlung über die Entente betrachte.

- Die deutsche Regierung nimmt an, dass sie ohne weiteres das Gesamtvermögen der feindlichen Annullitäten auf Grund der 8 Prozent-Rechnung herauszufinden kann. Der Pariser Plan gestattet die Anwendung nur für die Distanzierung der für die ersten beiden Jahre festgesetzten Annuitäten.
 - Die deutsche Regierung kennt nicht den Wert der im Pariser Vorschlag vorgesehene variablen Annuitäten, deren Höhe von dem Wert der deutschen Ausgabe abhängt.
 - Die im Pariser Plan festgesetzten Annuitäten gelten als Zuschlag zu jeglicher Summe, die auf Grund der Reparationsbestimmungen bezahlt werden soll.
 - Die deutsche Regierung nimmt den Wert der auf Grund verschiedener Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag geleisteten Zahlungen auf 20 Milliarden an. Die Reparationskommission besitzt den Wert dieser Leistungen auf weniger als die Hälfte dieser Summe. Es wird sich herausstellen, dass der Betrag, der der deutschen Regierung in Berücksichtigung dieser Leistungen auf der Reparationsrechnung gutgeschrieben werden soll, sehr klein ist.
 - Die deutsche Regierung macht Gebrauch von der 8 Prozent-Tabelle in der Absicht, den Betrag zu errechnen, den sie schuldig ist, gleichzeitig aber schlägt sie vor, dass die Zinsen ihrer Schuld auf 5 Prozent beschränkt bleiben sollen.
 - Die deutsche Regierung schlägt vor, dass ihre Sicherheiten in dem Maße abfinden von der Steuer befreit werden und lässt so das Ausgabegebiet mit einem Teil ihrer eigenen Verbindlichkeit.
 - In der Annahme, dass der Betrag, den Deutschland während der ersten fünf Jahre bezahlt, 1 1/2 Milliarden beträgt, wird der Betrag, den es zu zahlen haben wird, während der 25 Jahre, die auf diese Zeit folgen, und der zur Verzinsung und Amortisierung der Gesamtschuld dienen soll, 3 Milliarden jährlich betragen. Der Gegenwert der deutschen Zahlungen beläuft sich auf höchstens ungefähr 27 Milliarden. Es ist zu erwarten, dass die deutsche Regierung die Summe mit dem Wert der Zahlungen zu vergleichen, die nach dem Pariser Plan geleistet werden sollen, um die ganze Unzulänglichkeit der deutschen Vorschläge auseinanderzusetzen.
- Nach dem Pariser Plan beläuft sich der Gegenwert der ersten Jahreszahlungen allein nach der 8 Prozent-Tabelle auf 58 Milliarden Goldmark. Diese Tabelle ist indessen nur auf die Distanzierung der zu zahlenden Jahreszahlungen während der ersten beiden Jahre anwendbar. Nach der 5 Prozent-Tabelle, die auf die Distanz nach 1925 angewendet werden kann, ist der Gegenwertwert über 89 Milliarden Goldmark. Es ist selbstverständlich schwer, den Wert der variablen Jahreszahlungen, wie sie der Pariser Plan vorseht, zu schätzen, aber man muss auf die oben genannten Ziffern in Berücksichtigung dieser Annuitäten ein wesentlicher Rücksicht gemacht werden. Die Summe, in der die deutsche Regierung verlangt, dass die Alliierten die als Abgeltung ihrer Schuld annehmen, erreicht also nur einen kleinen Bruchteil der im Pariser Plan festgesetzten Summe. Die Folge wäre, dass die auswärtige Schuld Deutschlands, die sich auf seine Verbindlichkeit aus der Reparation beschränkt, nur einem geringen Prozentsatz der auswärtigen Schulden gleichkommt, welche die Alliierten für den Krieg aufzunehmen gezwungen waren.

In dieser Kritik der deutschen Vorschläge, welche Neuter veröffentlicht hat, erklärt der Sonderberichterstatter des A. L. A. aus den Kreisen der deutschen Delegation: zu 1: Es ist durchaus gerechtfertigt, die Pariser Annuitäten mit dem Satz von 8 Prozent jährlich auf den Zehner zurückzubestimmen. Der Pariser Plan steht ausdrücklich vor, dass alle Zahlungen auf die Kapitalsumme der Entschädigungen in den ersten zwei Jahren mit 8 Prozent jährlich zurückbestimmt werden können. Die deutschen Vorschläge stellen Werte dar, welche sich schon im Besten der Alliierten befinden, das heißt Zahlungen, die bereits erfolgt sind. Im Verlaufe der nächsten zwei Jahre soll ferner eine internationale Anleihe von 8 Milliarden zur Ausgabe gelangen. Sodann haben die Alliierten den Erlös des liquidierten deutschen Eigentums als Hälfte Mittel in der Hand und schließlich ist es möglich, dass im Laufe der nächsten zwei Jahre noch weitere Kapitalzahlungen erfolgen. Alle die vorgenannten Werte sind daher unter dem Pariser Plan als Zehner zu betrachten, auf welche die Zurückbestimmung mit 8 Prozent Anwendung findet. Was nach zwei Jahren von der Kapitalsumme noch übrig bleibt, ist daher

wichtig unbestimmt. Es war notwendig, die Annuitäten des Pariser Planes mit 8 Prozent zurückzubestimmen, um den Abzug der Leistungen, die innerhalb der nächsten zwei Jahre insgesamt gezahlt werden, überhaupt feststellen zu können. In Frage könnte höchstens kommen, ob der Restbetrag der Kapitalsumme, der nach 2 Jahren noch bestehen wird, etwa mit einem höheren Satz als 5 Prozent zu vermindern sein würde. Wir haben aber von vornherein gesagt, dass die Höhe der Pariser Annuitäten für uns untragbar ist, und dass aus diesem Grunde einen Nachschlag auf die Zinsen gefordert. Dieser Nachschlag ist da er sich nur auf das Restkapital bezieht, und da wir bereit sind, 5 Prozent Zinsen zu zahlen, verhältnismäßig nicht bedeutend.

Zu 2: Die Behauptung, dass Deutschland die Abgabe von 12 Prozent auf die Ausgabe unter den 12 1/2 Prozent fallen lassen, ist nicht zureichend. In den deutschen Vorschlägen ist ausgeführt, dass die 12prozentige Abgabe aufgeführt wird als ein Mittel, um den Alliierten eine Beteiligung an der künftigen Besserung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse zu gewähren, und dass dieses Prinzip grundsätzlich anerkannt wird. Das deutsche Angebot ist aber nur dadurch möglich, dass bereits eine künftige Besserung der deutschen Wirtschaft in Rechnung gestellt wird. In der Grundfrage der letzten Zustände wäre das deutsche Angebot an sich nicht zu verwerfen. Wie in den deutschen Vorschlägen bereits gesagt ist, halten wir den Standpunkt für berechtigt, dass eine Verteilung der Alliierten an einer Besserung der deutschen Wirtschaft bereits in dem deutschen Vorschlag voll berücksichtigt ist.

Zu 3: Die Behauptung, dass die Annuitäten des Pariser Planes ohne Berücksichtigung der bisherigen Entschädigungsleistungen Deutschlands zu zahlen seien, ist sachlich unrichtig und auch in dem Wortlaut der Pariser Beschlüsse nicht begründet.

Zu 4: Deutschland schätzt allerdings den Wert seiner bisherigen Leistungen auf das Reparationskonto mit etwa 20 Milliarden Gold ein. Wenn die Reparationskommission in ihrer Schätzung nicht ganz auf die Hälfte dieses Betrages kommt, so ändert dies nichts an unserer Berechnung, die Annahme von 20 Milliarden zu fordern. Im übrigen haben wir uns ausdrücklich bereit erklärt, die genaue Festsetzung des Wertes der Leistungen einer gemischten Sachverständigenkommission zu übertragen.

Zu 5: Die Antwort bereits unter Nr. 1 gegeben.

Zu 6: Die deutsche Regierung, dass die internationale Anleihe in allen Emmissionsländern steuerfrei sein soll, ist innerlich wohl begründet. Die Gründe dafür hat der Reichsminister Dr. Simons in seiner Rede vor der Londoner Konferenz ausführlich dargelegt. Das finanzielle Opfer, welches von den einzelnen Emmissionsländern verlangt würde, lässt sich ziemlich genau berechnen. Angenommen, die Anleihe wäre mit 4 Prozent verzinslich und die gesamten Steuern, die darauf entfallen würden, betrügen 25 Prozent der Zinsen, so würde die Einbuße an Steuern 1 Prozent des Nominalbetrages der Anleihe ausmachen, dagegen aber steht das große finanzielle und wirtschaftliche Interesse, welches jedes Emmissionsland an der Hebung der gesamten Weltwirtschaft hat. Insbesondere würde die Vereinigten Staaten von Amerika durch eine tatkräftige Beteiligung an dem Erfolg der steuerfreien Anleihe in den Stand gesetzt werden, ihre Waren wieder nach Europa absetzen und damit ihrer letzten inneren wirtschaftlichen Krise zu steuern. Im übrigen würde das Opfer nicht allein die Alliierten, sondern vor allem auch die neutralen Staaten und Deutschland selbst treffen, denn Deutschland ist bereit, einen erheblichen Teil der Anleihe im eigenen Land aufzusagen. Nur auf diese Weise, nämlich durch das Versprechen der Steuerfreiheit für die Anleihe, würde es übrigens möglich sein, einen erheblichen Teil des ins Ausland geflossenen deutschen Kapitals wieder zurückzuführen und damit einer Fortsetzung der Alliierten selbst zu entziehen und damit der Reparation nutzbar zu machen.

Zu 7: Die Alliierten berechnen, dass bei Annahme der deutschen Vorschläge die jährliche Belastung Deutschlands nach Ablauf der ersten 5 Jahre etwa 3 Milliarden betragen würde. Eine solche jährliche Last geht weit über das hinaus, was nach dem Urteil aller Sachverständigen überhaupt noch als tragbar anzusehen ist. Dann wird gesagt, dass der Wert der gesamten Zahlungen gemäß den deutschen Vorschlägen etwa 27 Milliarden betragen würde, und dass dies nur ein geringer Bruchteil der Pariser Forderungen sei. Dazu ist zunächst zu bemerken, dass diese 27 Milliarden zusätzlich der 20 Milliarden Pariser Leistungen insgesamt 47 Milliarden Mark betragen, eine Zahl, die den geforderten 69 Milliarden Zehner fast nahe kommt. Im übrigen aber könnte es den Alliierten ja nur lieb sein, wenn durch geschickte Finanzierung der gesamten Reparationslast Deutschlands es ermöglicht wird, mit einem verhältnismäßig niedrigen Gesamtbetrage auszukommen. Umso mehr wird das deutsche Wirtschaftsleben gefördert und umso eher wird Deutschland imstande sein, die versprochenen Leistungen durchzuführen.

Aus der Provinz Schlesien.

Waffenfund im Kreise Trebnitz.

Uns wird mitgeteilt: Den längeren Bemühungen der zuständigen Behörden ist es gelungen, auf dem dem früheren Kreisverwalter von Schweinitz gehörigen Rittergute Parnowitz bei Hundsfeld einen größeren Waffenfund zu machen. In verschiedenen Stellen sorgfältig u. a. in Geheimkammern, unter Ziegelhäusern und unter Dachwerk versteckt, fanden sich 1 Maschinengewehr, 48 neue Gewehre Modell 98, 1 Maschinepistole, 89 Handgranaten, 13431 Schuss Infanteriegewehrmunition, 788 Schuss Maschinengewehrmunition und 331 Stahlhelme.

Der hiesig kompromittierte Gutsinspektor und Amtsvorsteher Glogowski kam der Suspendierung durch den Landrat durch Niederlegung des Amtes zuvor. Die schuldigen Täter sind unter der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Wir kommen auf diesen sehr bezeichnenden Fund noch zurück. (Red.)

Keine Generalkriegsgefahr in Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht.) Um zu den Generalkriegsgerichten, die hier wieder auf tauchen, Stellung zu nehmen, fand gestern Nachmittag in Katowitz eine Sitzung der deutschen und polnischen Gewerkschaftsführer statt.

Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften erklärten, dass sie der Auffassung sind, dass jetzt alles vermieden werden muss, was die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien stören könnte. Ein jeder Streit, der jetzt ausbrechen würde, würde unabsehbare Folgen nach sich ziehen und Oberschlesien in ein wirtschaftliches Chaos stürzen. Die Vertreter der polnischen Gewerkschaften und des polnischen Zentralverbandes erklärten ebenfalls, dass sie derselben Auffassung sind und jeder Streit vermeiden möchte, der Folgen nach sich ziehen würde, die man nicht verantworten kann. Die Gewerkschaftsführer beider Richtungen verteilten den Terror und verpflichteten sich, durch besondere Aufsicht und Erklärungen auf ihre Mitglieder einzuwirken zu wollen, dass Ruhe und Ordnung nicht gefährdet werden.

Damit dürfte die Gefahr eines Generalkriegs für Oberschlesien abgewendet sein.

Die Verteilung der Staatsratsmandate.

Ein Parteitag am 1. März hat sich in Breslau abgehalten, um die Verteilung der Mandate zu besprechen. Die Mandate sind wie folgt verteilt:

	Mittelschlesien	Niederschlesien	Insgesamt
Deutschnationale	14	10	24
Deutsche Volkspartei	5	5	10
Zentrum	13	4	17
Mittelstandspartei	1	1	2
Demokraten	2	4	6
S. P. D.	27	18	45

(davon 9 in Breslau)

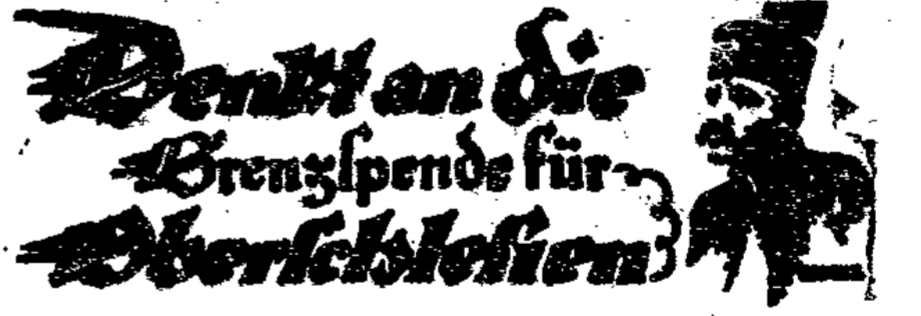
S. P. D.	1	2
	64	107

1 Mandat fällt infolge der unvermeidbaren Überhöhung aus. Die Stimmen der U. S. P. gehen ganz verloren, da Mittel- und Niederschlesien nicht einen, sondern zwei Bezirkswahlkreise bilden. Von den 8 auf Schlesien entfallenden Staatsratsmandaten sind also den bürgerlichen Parteien (80 Stimmen) aber nur, wenn sie sich auf eine Liste einigen und sämtlich dafür stimmen) 3 Mandate, der S. P. D. 2 Mandate sicher. Neben die Kommunisten Stimmenthaltung, so wird um das 6. Mandat zwischen der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Liste gekämpft werden müssen, da 60:4 = 15:1 ist.

Es hängt also von den beiden kommunistischen Stimmen ab, ob das 6. Mandat sicher der Arbeiterschaft zufällt oder das Spiel des Zufalls zwischen Proletariat und Bourgeoisie entscheidet.

Bereinstalender.

Arbeiter-Sängerbund. Sonntag, den 6. März, vorm. 10 1/2 Uhr, in der Jahrhunderthalle: Massenprobe zum Kongress der abkommungsberechtigten Oberschlesier. Alle Arbeiter-Sänger haben zu erscheinen. Freie Kubovereinigung Breslau, e. S. Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Zimmer 6: Wichtige Monatsversammlung.



Ein neuer Riesenfilm.

Der beste und größte Film der Unterwelt-Film-Ära. Berlin war im vergangenen Jahr: Herrin der Welt mit Mia May. In diesem Jahr ist trotz des großen Films "Sumurun" und "Anna Bolena" der größte und beste Film der Unterwelt-Film-Ära: "Der Mann ohne Namen". Hauptdarsteller sind: Romy Christiane, Harry Liedtke, Georg Alexander, Jacob Tiedtke, Erich Kaiser-Tietz, Ethel Keller, Manja Landauer, Vera Leng und Paul Otto. Regie: Georg Jacoby. Die Filmfassungen wurden außer in Deutschland in folgenden Ländern gemacht: Dänemark, Holland, Dänemark, Albanien, Griechenland, Spanien, Schweden, Marokko und anderen Teilen Nordafrikas. Es sind also sämtliche orientalische Bauten, Gebirgsaufnahmen nicht Gips- und Modellbauten, sondern echt. Die Ozeandampfer werden nicht im Hafen angelegt, sondern im offenen Weltmeer — das Postgewimmel in den engen Straßen von Teian, Ceuta und Cadix ist nicht mit eingeleitetem Statisten gefüllt, sondern echtes Volksleben. In Dänemark, in Kopenhagen und auf der Insel Bornholm wurden Aufnahmen gemacht.

Um Flugzeugaufnahmen zu machen, fand eine Fahrt ins Meer und Luftflugzeug von Kopenhagen nach der Schweiz statt. Die holländischen Aufnahmen wurden in Rotterdam, Schiedamschen, im Haag, in Rotterdam und Haag van Holland gemacht.

Im Tierpark von Serajewo und in den majestätischen Tälern des Atlas in Sevilla wurde der Aufnahmearbeiters "Herrin der Welt" verteidigt worden, da es bekanntlich den Kriegsgläubigen Wehrmännern verboten ist, sich photographieren zu lassen. In Sevilla wurden große Eiertänze unter Mitwirkung der bekanntesten spanischen Stierkämpfer für einige Augenblicke in der abenteuerlichen Handlung verwandelt. Der Sultan von Marokko stellt in lebenswunderlicher Weise keine Wehr, h. h. seine gesamte Lebenswunde zum Schutz gegen räuberische Kriegerinnen zur Verfügung. Diese Frauen werden durch einen Mann nicht nur als Schutzwache, sondern wurden auch mehrfach als "Kriegerinnen" in dem Film verwendet. Der Mann ohne Namen ist der in der Welt gemachte Nachahmer. Seine von den Vorgesetzten der Gesellschaft zu erheben, sollte werden, aber durch fremdenwärtige menschliche und tierische Geister geblüht werden.

Bei den in der Schweiz hergestellten Aufnahmen lag der Aufnahmeoperator im Flugzeug über die Alpen und wurden Teilnahmen von 8000 Meter Höhe aufgenommen. Wo sonst technisch hergestellte Filmaufnahmen, wie Silberhochzeit-Tempelhof bei Berlin, als Hintergrund aufgenommen wurden, sind zum ersten Mal der deutschen Film-Fabrikation ausländische Weiteisen erschlossen worden. Die Gesamtaufnahmen haben die Summe von 8 Millionen Mark gekostet und wird im Inland keine Anzahl dieser allergrößten Fortschrittsfilme, der den Film "Herrin der Welt" bei weitem übertreffen soll, das höchste Interesse entgegengebracht.

Der Mann ohne Namen" gelangt demnach in der "Schauburg" (Victoria-Theater) zur Aufführung.

Robetheater.

Die Nacht ins Klau.

Drei Franzosen, Gaston de Caillavet, Robert de Fiers und Edouard Rey stellen sich in die Katerhose an dieser herrlichen Lebensgröße, die leicht gelächert, mit Lachen und Tränen, die Zuschauer alle für ein gutes Beispiel notwendiger Gefühlsregung reichlich durchkosten lässt. Also ein Erfolg.

Und das kommt so: Eine ehekränkende Dame, die zur Errettung ihrer Pläne immer wieder bei der Wahrheit geht, hat ihre Rechte an einen Beamten von Rechenhohle veräußert, der eine ganz anständige Rente zu verzehren hat, aber ein unbegreiflicher Trödel ist. Also eine offensichtliche Scheidung, bei der sie von dem Grundbesitz ausgetrieben ist und immer noch besser ist, ein Mädchen heiratet einen Trödel, als überhand zu nehmen. Und dieser Trödel hat keine vorhanden und nicht vorhandene Gefühle auch, wie ungefähr St. Petrus über die kleinste Verneinung jedes Menschen. Der Mann ist krankhafte Behandlung. Kein Wunder, dass Helena, die unglückliche Frau, die recht romanisch von der "Nacht ins Klau" kommt, den Rest nicht mehr zu ertragen kann und mit dem Schwere dieser ehekränkenden Dame kurz vor der Trauung flieht. Der Zuschauer hat die Nacht ins Klau mit Mühe im Gedächtnis behalten, und das kleine Bekannte Helena, wo das Schicksal in einem einen werden oder liegen Großmutter auf sie wartet, um sie nach einer Reihe entsetzlicher Hindernisse in gemeinsame Schicksalstage zur letzten Glückseligkeit zu führen.

Während sich die gute Großmutter in die Hände faltet, bringt der leuchtende Magen den Trödel, dem seine Niederlage, das pechschwarze Herz einigermaßen aus der Fassung gebracht hat, in das Paradies der beiden Glücklichen. Er hat das Bedürfnis, sich lächerlich zu machen und befragt das auch gründlich. Ja, der Herr vom Rechnungshof verordnet sich so gewaltig in dem schätztesten liebesstiftenden Frauen, dass er bei der ebenfalls einflussreichen Tante und dem leise schmerzlichen Onkel als Medler für das Glück der beiden Durchgehenden auftritt. Beim Onkel, der schon lange gekniet hat, sogar mit Erlöse. Entsetzt. Die beiden Liebenden werden bald heiraten. Die Fahrt ins Klau ist ihnen also gut bekommen.

Uns auch. Wir haben herzlich gelacht. Die Spielleitung, die in den bewährten Händen Alfred Habes lag, hätte für ein lebhafteres Tempo sorgen können. Sonst waren die Bühnenbilder, besonders das traumliche Wohnzimmer in Helena's Schlafzimmer, entsprechend in ihrer Größe. Carl Welt, Marlene Diden (durch ihre nervöse Aufregtheit hat ein Teil der Wirkung unter der Tisch), Gertrude Steinboyer, Alice Geyer (eine prächtige Großmutterrolle), Martin Ludwig-Alum und Helme Habes, Reimers (die war ganz lustige Nebenrolle) belohnte leister Kellner. Mit Recht. Was Wally Kullsch, den wir bei dieser Gelegenheit kennen, das er will demselben klotternden Ringen nach dem Tag auch ihren Glück. H.

Aus aller Welt.

Polen. Aus Oberschlesien erzählt das Berliner Tageblatt, dass drei mit Realnoten beauftragte Arbeiter in der Postkammer mehrere Postbeamte überfallen, die einen Geldbetrag von 10000 Mark, in Reichen verpackt, zu transportieren hatten. Die raubenden die ganze Summe und flüchteten, wurden aber bei der Rückkehr gefasst. Dort entspann sich zwischen den Raubern und Postbeamten ein heftiges Feuergefecht. Zwei der Raubers kamen tödlich verletzt werden. Man fand nach der Verhaftung Summe von 100000 Mark. Mit dem Rest von 50000 Mark über das keine Räuber unversäunt mitnehmen.

Frankreich. Unter dem Namen "Le Petit" wird ein neues Blatt in der Provinz von Paris herausgegeben. Es soll ein gewisses Maß an Unabhängigkeit zeigen und sich für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzen. Die Redaktion wird von einem Arbeiter geführt werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. März.

Parteigenossinnen und Genossen! Rüstet zur Roten Woche!

Am 6. bis 13. März findet eine Agitationswoche für unser Partei-Organ, die „Volkswacht“ und die Parteiorganisation statt.

„Volkswacht“

kommen. Organisiert sofort die planmäßige Bearbeitung! Parteigenossinnen und Genossen, alle an die wichtige Arbeit!

Districtsführer! Betriebsvertrauensleute!

Agitationsmaterial ist von Freitag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr an im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, 2. Etage, Zimmer 36, abzuholen.

Sozialdemokratischer Verein.

Die Mitglieder-Versammlung

am morgigen Freitag, den 5. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus hat eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Drei Rapperverbrecher vor den Richtern.

gth. Eine Vorbemerkung zunächst, die vielleicht auch für den meisten Verlauf des Prozesses nicht ohne Bedeutung ist: Angeklagt hat die „Volkswacht“ durch eine Reihe von Artikeln eine „schamlose Hege“ gegen die Freikorps und namentlich gegen das Autodisch in Carlowitz betrieben.

Am 2. Dezember 1919 wurde über eine Verhaftung in Carlowitz berichtet, die über den dienstlichen Rahmen hinausging.

Am 5. Dezember wurde, dem Generalkommando rückwärtige Maßnahmen gegen etwa avarische Abteilungen in Carlowitz und Breslau vorgeschrieben.

Am 9. Dezember wurde über das neuergerichtete Offiziers-Kasino in Carlowitz geschrieben, das sehr gut 8-10 Familien Unterkunft gewähren könnte.

Am 28. Februar 1920 erschien ein Artikel „Meuterei beim Korps von Autod“. Auch das ihm zugrundeliegende Material entkam nicht Mitgliedern des Freikorps.

Am 9. März, also wenige Tage vor dem Aufbruch, brachten wir eine Meldung über Scharfshühner in Carlowitz, durch die Passanten und Fuhrwerke gefährdet wurden.

Es handelte sich also um Artikel, die zum Teil im Interesse der Offiziere richteten und die sämtlich von Angehörigen der Truppe veranlaßt waren.

Am Mittwoch, dem dritten Verhandlungstag, wird in der Vernehmung der Zeugen fortgefahren. Es fällt auf, daß Zeugen ständig ausfallen, daß sie auch von Offizieren geschlagen wurden.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Der Zeuge Ruppelt wurde von einem Offizier geohrfeigt. Zeuge Teich erhielt Fußtritte und Kopfnüsse über den Kopf, so daß er stark blutete.

Bei der Vernehmung Zimmermanns stellte sich heraus, daß unbetreffliche Autodische ständig im Gericht anwesend sind. Mit Hilfe der Sipps bringt Zimmermann in wenigen Minuten den Spielmann Wippich in den Saal, den bisher die Vorladung nicht erreicht hat.

„Ändern und Maßen im Freikorps Autod üblich war.“ Zeuge Generalagent Stein, 65-jährig, wurde am 17. März 1920 verhaftet, weil er nicht schnell genug lief.

Man sieht, von den famosen Offizieren ist beinahe mehr die Rede als von den Angeklagten. Wo sind diese vornehmen Herren? Kann sie der Staatsanwalt nicht ermitteln?

1. Schließlicher Siedlertag.

Am Sonntag vormittag hielt die Reichsarbeitsgemeinschaft für Siedlungsweesen im Matthiasgymnasium ihren 1. Schließlichen Siedlertag ab.

Nachdem Bezirksobmann Starke die Notwendigkeit des provinziellen Zusammenstufes begründet und betont hatte, daß die Reichsarbeitsgemeinschaft für Siedlungsweesen kein kapitalistisches Unternehmen sei, nahm Regierungspräsident Dr. von Bittta das Wort.

Der zweite Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der dritte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der vierte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der fünfte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der sechste Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der siebte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der achte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der neunte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der zehnte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der elfte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der zwölfte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der dreizehnte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der vierzehnte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der fünfzehnte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der sechzehnte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der siebzehnte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der achtzehnte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der neunzehnte Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der zwanzigste Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der einundzwanzigste Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der zweiundzwanzigste Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

Der dreiundzwanzigste Referent Kreisel-Dresden, Vorsitzender der „Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegesiedlungen sprach über den Aufbau des Siedlungswesens im Reich auf geographischer und organisatorischer Grundlage“.

licher, als er im gleichen Atemzuge besonders hohe Zuschüsse für Bauten auf dem flachen Lande forderte. Die Sozialdemokraten haben trotz der Unpopularität der Meißener an dem Gesetz entwurf mitgearbeitet, wenn aber die Meißener zu einem Klagengeleit ausgebaut werden soll, wird die Sozialdemokratie das unter keinen Umständen mitmachen.

Aus der Vergangenheit eines Autodbanditen. Der jetzt im Autodprozeß Angeklagte Walter war etwa von 1903-1907 Polizeiwachmeister in Admishütte. Als solcher hat er Personen mit Faust und Säbel traktiert und mußte deshalb aus dem Amte entlassen werden.

Volksvorstellung des Breslauer Bildungs-Ausschusses. Dienstag, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lobothheater die Aufführung des Lustspiels: „Die Fahrt ins Blaue“ statt.

Zum Streit in der Herrenkonfektion. Der Streit bei den Firmen N. Sternig jun., Albrechtstr. 57, und Gebrüder Meister, Albrechtstr. 40, ist aufgehoben.

Kredithilfe für städtische Beamte usw. Der Finanzausschuß der Stadtverordneten-Versammlung stimmt der Magistratsvorlage über Einrichtung einer Kredithilfe für städtische Beamte, Lehrer und ständige Angestellte nach eingehender Beratung einhellig zu.

Die Breslauer Bäderinnung im Kampf gegen die Freiheit der Breslauer Bädereigenen. Wohl nirgends in Deutschland ist in gleichgroßen Städten wie Breslau von seiten der Bäderinnungen ein Kampf gegen die Freiheit der Arbeiterchaft in den Bädereigenen geführt wie hier.

Das Prinzip der Innung war, die Breslauer Bädereigenen wieder in das seit Jahrhunderten bestandene menschenunwürdige Sklavenverhältnis zurückzuführen.

Kein Mittel war diesen Herren dazu schlecht genug, und so ging man dazu über, den Gesellen Formulare vorzulegen, auf welchen sie in Gegenwart des Arbeitgebers erklären mußten, mit den Löhnen zufrieden zu sein, die auf diesem Formular bezeichnet waren.

Nachdem aber der Schlichtungsausschuß Breslauer einen Schiedspruch über die Verlängerung des alten Tarifes gefaßt hatte, und dieser Schiedspruch dem Herrn Regierungspräsidenten zur Verbindlichkeitsklärung unterbreitet wurde, brachten die Bädermeister die von den Gesellen zum großen Teil nicht erwidert erreichten Zwangsunterschriften bei.

Auf Grund dieser Unterschriften erklärte der Regierungspräsident den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses nicht für verbindlich. Am 21. Januar wandte sich der Verband der Bäder und Konditoren erneut an die Bäderinnung und ersuchte auf Grund gesammelter Unterschriften von seiten der Gesellen um Unterhandlungen über einen neuen Tarif.

Leider mußte konstatiert werden, daß am Tage der Verhandlungen (2. März 1921) Herr Obermeister Loffe nicht erschienen war und somit ein Schiedspruch resp. eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Der Syndikus der Bäderinnung, Herr Waxmann, verschwand plötzlich von der Bildfläche, und Herr Bädermeister Wenzel, Matthiasstraße (Innungsvorstandsmittglied), ließ sich zu dem Ausdruck hinrichten, wenn sie den vorgeschlagenen Lohn des Schlichtungsausschusses, 170-210 Mark pro Woche, zahlen sollten, würden sie die Hälfte der Breslauer Bädereigenen auf die Straße werfen.

Nachdem nun der Schlichtungsausschuß getagt hat, geht man erneut dazu über, den schärfsten Terror bei den Gesellen auszuüben und legt ihnen in den Bädereigenen Formulare vor, auf welchen sie (teilweise unter Androhung der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses) aufgefordert werden, zu erklären, daß sie keinen Wunsch nach einer Tarifvertrags Erneuerung haben.

Nach all diesen Vorgängen, die gegen Recht und gute Sitten verstoßen, bitten wir schon heute die Bevölkerung von Breslau, ihre volle Sympathie der Breslauer Bädereigenen entgegenzubringen, zumal kein Kondwerk während des ganzen Krieges so gut finanziert und gestützt war und ist wie gerade das Bädereigenenhandwerk.

Am Dienstag, den 8. März, nimmt die Breslauer Bädereigenenschaft in einer öffentlichen Versammlung, welche nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshause stattfindet, zu dieser Angelegenheit Stellung.

„Lethosen und das Siebespaar“. Die Novelle in unserer gestrigen Unterhaltungsbeilage ist von Wilhelm Schöfer und entkammt seinen erzählenden Schriften, die bei Georg Müller in München erschienen sind.

Gewerberat Dr. Gjmatis verläßt am 1. April Breslau, um einen Ruf nach Groß-Berlin zu folgen, wo er als Mitglied der technischen Deputation für die Gewerbe und des Prüfungsausschusses für Gewerbeamtlichbeamte wirken soll.

Gegen Mäher und Scheichhandel. Die Landgerichte in Breslau, Biele, die Amtsgerichte in Breslau, Jauer, Bräunswalde, des Schöffengericht in Breslau und das Landgericht in Pels haben letzter Zeit in 17 Fällen, bei denen es sich um Verletzung der Mäher- und Scheichhandelsbestimmungen handelte, auf Geldstrafen in Höhe von 300 bis 2400 Mk. erkannt.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Im Wohnungsausschuß kam es bei der Beratung eines Antrages Mumm, der die landwirtschaftlichen, gärtnerischen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude von der Meißener Befreiung will, zu lebhaften Auseinandersetzungen.

